



WOCHENRÜCKBLICK



Noch immer: 40.000 Euro für Merkels Frisur

„Dass sich die ehemaligen Bundeskanzler Scholz und Merkel jeweils einen eigenen Hofstaat zugelegt haben, von dem völlig unklar ist, was er angesichts der mehr als übersichtlichen Aufgaben der Bundeskanzler a.D. überhaupt macht, ist das eine. Dass wir aber noch immer die Frisur von Angela Merkel mit rund 40.000 Euro im Jahr finanzieren ist mir absolut nicht begreiflich. Der Steuerzahler muss Millionen für ehemalige Kanzler aufbringen, hat keinerlei Nutzen daraus und völlig zurecht fragt man sich wieso diese Regelungen aufrecht erhalten werden. Es ist nichts weiter als ein schamloser Griff in die Taschen derer, die täglich das Steueraufkommen erwirtschaften müssen zugunsten zweier Kanzlerrentner und um ihnen ein hübsches Leben zu gestalten.“

40.000 Euro
kostet Sie diese
Frisur*!
**in einem Jahr*

STEPHAN BRANDNER
 stellv. Bundesvorsitzender

AfD





75 Jahre Bundesverfassungsgericht - Warnung vor Parteipolitik im höchsten Gericht

Am 17. April 1951 trat - zwei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland - das Bundesverfassungsgerichtsgesetz in Kraft und schuf die rechtliche Grundlage für die Einrichtung eines damals neu- und einzigartigen Gerichts. Vorausgegangen war eines der langwierigsten und anspruchsvollsten Gesetzgebungsverfahren der frühen Bundesrepublik. Mit dem Bundesverfassungsgericht entstand ein zunächst staatsrechtlich ungewohntes Verfassungsorgan, das seine heutige Stellung neben Parlament und Regierung erst schrittweise entwickelte.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, unterstreicht die zentrale Bedeutung der Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts als tragende Säule der Gewaltenteilung, warnt aber auch vor Fehlentwicklungen:

„Zunehmend stoßen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bei den Bürgern auf Unverständnis, weil sie aus Sicht vieler dem Anspruch an eine klare und funktionierende Gewaltenteilung sowie der Orientierung allein an Recht und Grundgesetz ohne jegliche parteipolitische Färbung, nicht gerecht werden. Insbesondere die massive parteipolitische Einflussnahme bei der Besetzung der Richterstellen, nach der die Richterstellen unter den Parteien CDU, SPD, CSU, FDP und Grünen aufgeteilt sind, birgt erhebliche Gefahren und schadet dem bis heute sehr hohen Ansehen des Gerichts.“

Es muss jederzeit ausgeschlossen sein, dass auch nur der Eindruck parteipolitisch motivierter Entscheidungen entsteht. Andernfalls riskiert das Bundesverfassungsgericht, das Vertrauen in seine Arbeit weiter und nachhaltig zu verlieren.“

Im Bundeshaushalt klingelt die Kasse und die Regierung weiß angeblich von nichts

Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) hat der Staat durch die enorm gestiegenen Kraftstoffpreise bereits rund eine halbe Milliarde Euro allein mehr Mehrwertsteuer eingenommen. Nach Angaben der Bundesregierung hat diese selber keinen Überblick, welche monetären Auswirkungen die enorm gestiegenen Kraftstoffpreise auf den Bundeshaushalt haben und kann demzufolge auch nicht angeben, wie die zusätzlichen Mittel verwendet werden.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner erklärt hierzu, dass die Aussage der Bundesregierung, ein weiterer Versuch sei, davon abzulenken, dass sie selbst kein Interesse daran habe, für Entlastungen bei den Autofahrern zu sorgen:

„Während Bürger und Unternehmen unter massiv gestiegenen Kraftstoffpreisen leiden, kassiert der Staat kräftig mit, behauptet gleichzeitig, keine Zahlen über die eigenen Mehreinnahmen zu haben und orakelt über ‚Übergewinne‘. Die Bundesregierung erklärt allen Ernstes, sie könne nicht beziffern, wie stark ihre Steuereinnahmen, also quasi ‚Übersteuern‘ durch die explodierenden Preise für Kraftstoffe gestiegen sind. Das ist entweder ein eklatantes Versagen oder bewusste Intransparenz - beides ist inakzeptabel.“

Fakt ist: Jeder Cent mehr an der Zapfsäule bedeutet automatisch höhere Steuereinnahmen. Dass die Bundesregierung diese Summen nicht einmal überschlägig benennen kann oder will, zeigt, wie wenig Interesse sie daran hat, die Belastungen der Bürger ernsthaft zu thematisieren.

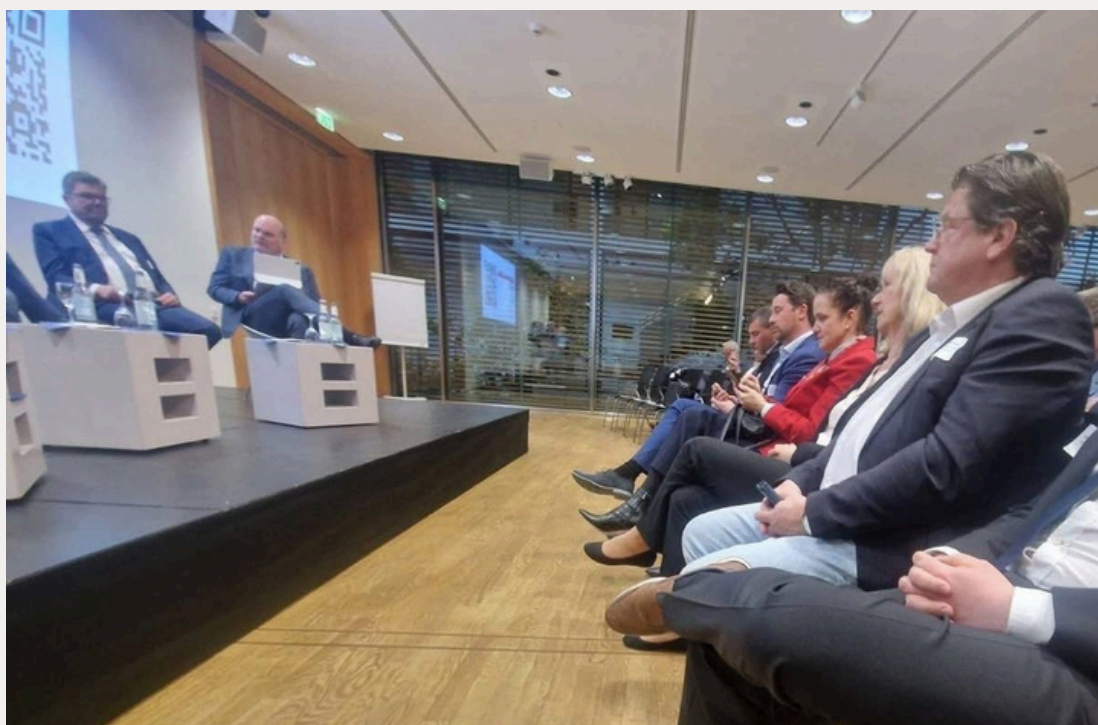
Die AfD-Fraktion fordert vollständige Transparenz über die tatsächlichen Mehreinnahmen und eine umgehende Rückgabe dieser Mittel an die Bürger. Wer in Krisenzeiten von steigenden Preisen profitiert, darf sich nicht gleichzeitig ahnungslos stellen.“



Aktuelle Videos



Diskussionsrunde Wissenschaftsfreiheit



Besuchergruppe Bessin



Besuchergruppe Schulz



Besuchergruppe Hemmelgarn



STEPHAN
BRANDNER

Infostand Gera



STEPHAN BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch 15.4.2026

Bundesjustizministerin Dr. Stefanie Hubig (SPD) hat bekräftigt, dass die Bundesregierung ein Gesamtkonzept zum Schutz vor digitaler, psychischer und physischer Gewalt verfolgt. In der **Regierungsbefragung** des Bundestages am Mittwoch, 15. April 2026, sagte die Ministerin, das Digitale-Gewaltschutzgesetz befinde sich in der Ressortabstimmung: „Unerträgliche Formen digitaler Gewalt sollen künftig strafbar sein.“

Martin **Reichardt** (AfD) hielt Hubig vor, nicht auf den kulturellen Hintergrund der Täter einzugehen. Den Einwand Reichardts, sie habe digitale Gewalt mit einer physischen Vergewaltigung gleichgestellt, wies die Ministerin zurück. Dies seien unterschiedliche Taten, die unterschiedlich begangen würden. Die Straftaten würden zu 80 bis 90 Prozent von Männern begangen; eine Differenzierung nach deren Herkunft sei nicht wichtig.

Neben der Bundesjustizministerin stellte sich auch der **Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung**, Dr. Karsten Wildberger (CDU), den Fragen der Abgeordneten. Sein Ministerium arbeite in vier Feldern, sagte der Minister und nannte als eines dieser Felder die Staatsmodernisierung.

Ruben **Rupp** (AfD) erkundigte sich nach der **Deutschland-App**, die Zugang zu staatlichen Leistungen ermöglichen soll. Wildberger sagte, man befinde sich in einer Erprobungs- und Entwicklungsphase. Die App habe mehrere Besonderheiten: Sie werde zentral für Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein und sich gleichzeitig automatisch innerhalb des dezentralen kommunalen Systems vernetzen. Ein Crawler, eine Suchmaschine, rufe Beantragungsdokumente aus den jeweiligen Kommunen ab; zudem werde es einen Kommunikationskanal geben.

In einer Debatte am Mittwoch befasste sich der Bundestag mit der Forderung, zusätzliche **Gewinne für Mineralölkonzerne zu verhindern**. In der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlangten Aktuelle Stunde ging es angesichts der durch den Irakkrieg verursachten Teuerungen auch um mögliche Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger.

Steffen **Kotré** (AfD) kritisierte: „Das Bundeskartellamt ist aktuell nicht in der Lage, in dieser Krisensituation angemessen zu reagieren.“ Er plädierte dafür, die CO₂-Steuer abzuschaffen, die Mehrwertsteuer zu senken und den verbliebenen Rest der Energiesteuer auf Benzin zu streichen. Außerdem forderte er, die EU-Sanktionen gegen Russland sofort zu beenden. „In einer außergewöhnlichen Krise muss die Bundesregierung reagieren und sei entsprechend berechtigt, unabhängig von der EU eigenständige Maßnahmen zu ergreifen“, sagte Kotré.

Der Bundestag hat am Mittwoch zudem einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel **„Wissenschafts- und Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten und Hochschulen wirksam schützen – offenen Diskurs sowie freie Forschung und Lehre sichern“** beraten. Darin fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, sich stärker für den Schutz der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit einzusetzen. Auch wenn die Zuständigkeit grundsätzlich bei den Ländern liege, solle die Bundesregierung „im Rahmen bestehender Bundeszuständigkeiten und Bundeshandlungsinstrumente geeignete Maßnahmen“ ergreifen, heißt es in dem Antrag.



Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag 16.4.2026

Der Bundestag hat am Donnerstag erstmals einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zur Senkung der Energiesteuern beraten. Die Initiative wurde gemeinsam mit zwei Anträgen der AfD-Fraktion mit den Titeln „Von der Einführung einer Übergewinnsteuer absehen – Den hohen Kraftstoffpreisen durch gezielte Maßnahmen begegnen“ sowie „Berufstätige Pendler sofort entlasten – Entfernungspauschalen für Kraftfahrzeuge ab dem ersten Kilometer auf 50 Cent erhöhen und an die Preisentwicklung anpassen“ beraten.

Für die AfD-Fraktion prangerte **Kay Gottschalk** an, dass die Koalition erst jetzt handle. **„Leider bedurfte es der Blockierung einer Meerege, damit Bewegung in die Debatte um eine Entlastung von Pendlern kommt.“** Diesbezügliche AfD-Anträge seien mehrfach abgelehnt worden, beschwerte sich Gottschalk. Aufgrund der Inflation sei die steuerliche Entfernungspauschale faktisch gesunken. Bereits vor zwei Jahren hätten renommierte Institute empfohlen, diese auf 50 Cent zu erhöhen. Zugleich kritisierte Gottschalk, dass „mehr als die Hälfte“ des Benzinpreises aus Abgaben an den Staat bestünden. **„Kein Produkt wird in Deutschland höher besteuert“, sagte Gottschalk. Er forderte: „Senken Sie die Energiesteuer auf das europäische Minimum, schaffen Sie die CO₂-Steuer ab!“**

Der Bundestag hat am Donnerstag zwei Gesetzentwürfe der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Stromsteuergesetzes sowie des Straßenverkehrsgesetzes debattiert. **„Der Bürger soll selbst entscheiden dürfen, wie er fährt“, sagte Ulrich von Zons (AfD). Die Richtgeschwindigkeit zwingt niemanden dazu, schneller zu fahren.**

Die AfD-Fraktion fordert die **„Sofortige Senkung der Energiepreise – Beendigung aller deutschen Klimaschutzmaßnahmen aufgrund ihrer fehlenden Bedeutung im Weltmaßstab“**. Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD) warf der schwarz-roten Koalition vor, mit ihrer Klimapolitik Deutschlands wirtschaftliche Substanz zu ruinieren. **„Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen bleiben aus, und die Bürger müssen reale Wohlstandsverluste hinnehmen, ohne dass Ihre Politik einen messbaren Einfluss auf das globale Klima hätte.“** Die Klimaschutzmaßnahmen seien **„weder wirksam noch wirtschaftlich zu verantworten“, sagte Hahn. Daher fordere seine Fraktion mit ihrem Antrag „klar und konsequent“: „Weg mit den Klimagesetzen, raus aus der CO₂-Bepreisung und runter mit den Energiepreisen.“**

Der Wahlsieg von Péter Magyar und dessen oppositioneller Tisza-Partei bei der Parlamentswahl in Ungarn wird im Bundestag mit Erleichterung aufgenommen. Wie die Redner der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke in einer auf Verlangen der Koalitionsfraktionen anberaumten Aktuellen Stunde mit dem Titel „Ungarn nach der Wahl – Neue Chance für Europa“ betonten, ermögliche der Regierungswechsel einen Neuanfang für Ungarn und die Europäische Union.

Markus **Frohnmaier (AfD) widersprach der Mehrheitsauffassung im Bundestag, Ungarn sei unter Orbán autoritär regiert worden. Wäre es so gewesen, hätte Orbán die Spielregeln geändert: „Diktatoren verlieren keine Wahlen.“** Ungarn unter Orbán nannte Frohnmaier den einzigen EU-Staat, „der seine nationalen Interessen nicht blind mit ukrainischen Interessen gleichgesetzt hat“.

Die AfD-Fraktion fordert ein **Verbot des Tragens von Kopftüchern in öffentlichen Schulen für Mädchen unter 14 Jahren.** Einen entsprechenden Antrag hat der Bundestag am Donnerstag erstmals debattiert. Zur Begründung schreibt die AfD in ihrem Antrag: „Ein Kinderkopftuchverbot an vorschulischen und schulischen Einrichtungen unterstreicht den Willen des Gesetzgebers, die deutsche Leitkultur als unanfechtbare Grundlage für ein Zusammenleben in der Bundesrepublik Deutschland gelten zu lassen, und stoppt damit zugleich den sich im Kopftuch manifestierenden Willen des politischen Islams beziehungsweise des Islamismus zur Segregation von der Mehrheitsgesellschaft und zum weiteren Ausbau des eigenen Machtanspruchs.“

Der Bundestag hat sich am Donnerstag gegen eine Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein ausgesprochen. Für die Gesetzentwürfe stimmten jeweils Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dagegen jeweils CDU/CSU, AfD und SPD.



Rückblick auf die Plenarwoche Freitag 17.4.2026

Der Bundestag hat am Freitag den **Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge“** beschlossen. Ziel der Initiative ist die Umsetzung verschärfter EU-Vorgaben zu Verbraucherkrediten. Mit dem im parlamentarischen Verfahren noch geänderten Regierungsentwurf wurde zudem eine Rechtsgrundlage für die E-Auto-Förderung geschaffen. Förderfähig sind demnach elektrisch betriebene Fahrzeuge, die erstmals nach dem 1. Januar 2026 zugelassen worden sind.

Für die AfD-Fraktion sprach Stefan **Möller** hingegen von einem „**Lehrbuchbeispiel für schlechte Gesetzgebung**“. Union und SPD gehe es nur darum, eine „übergreifende EU-Richtlinie“ umzusetzen. „Ob das für den Rechtsanwender Sinn ergibt, ist für Sie völlig belanglos.“ Möller forderte, zur Verhinderung von Überschuldung stattdessen die Bildung zu stärken und gegen Lehrermangel sowie Unterrichtsausfall vorzugehen. „Wer den Dreisatz nicht beherrscht, der ist ein potenzielles Opfer für Überschuldung“, sagte der Abgeordnete.

Auch **Stephan Brandner (AfD)** sprach zu diesem Thema im Bundestag. In seiner Rede sagte er Folgendes: **„Aus dem Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie über Verbraucherkreditverträge wurde mit dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen plötzlich ein Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie über Verbraucherkreditverträge und zur Regelung der Förderung klimaneutraler Mobilität. Klimaneutrale Mobilität – oder wie Umweltminister Schneider sagen würde: Wer sich kein Benzin leisten kann, der kaufe sich doch ein E-Auto. Auf den letzten Metern in einem langwierigen Verfahren via Omnibus eingeführt, wurde etwa vermeintliche Klimaneutralität in das Gesetz eingebaut bzw. hinten drangehängt. Also genau das haben Sie in das Gesetz eingebaut, was den Menschen draußen tierisch auf den Wecker geht. Wir hätten uns gewünscht, wenn Sie schon ein Omnibusgesetz machen, dass Sie dann fachfremde Sachen einbauen, wie beispielsweise die dauerhafte Senkung von Steuern und Abgaben auf Kraftstoffe. Das wäre ein Omnibus gewesen, bei dem wir gesagt hätten: Machen wir mit – ausnahmsweise mal. Das machen Sie natürlich nicht. Dazu sagten Sie, das dauert alles etwas länger. Also: Wenn man den Menschen etwas nimmt, geht es schnell; wenn man den Menschen als Staat etwas geben soll, dann dauert es etwas länger.“**

Weiter sagte er: „Omnibusgesetze – ich habe es erwähnt – lehnen wir als AfD eigentlich grundsätzlich ab und fragen uns immer: Was haben Sie da gerade wieder zu verbergen? Wenn man dann genau hereinschaut, sieht man: riesengroßer Murks, der drangehängt wurde. Bereits bei Vorlage des Gesetzes hagelte es Kritik: ‚Gießkannenprinzip‘, ‚händlerunfreundlich‘, ‚unrealistisch‘. Und das ist auch korrekt so; diese Kritik bleibt bestehen. Sie boxen das durch, wahrscheinlich weil die SPD Ihnen das mal wieder ins Stammbuch geschrieben hat. Nein danke, die AfD macht da nicht mit.“

Die **Agrarpolitik** stand am Freitag im Mittelpunkt einer Bundestagsdebatte. Grundlage der Aussprache waren mehrere Initiativen der AfD-Fraktion. Die beiden Anträge mit den Titeln **„Ernährungssicherheit und Erhalt produktiver Landwirtschaft – Für eine pragmatische Agrar- und Ernährungspolitik statt unrealistischen Umweltaktionismus“** und **„Konsequenzen der Blockade der Straße von Hormus für Düngertransporte nach Deutschland – Auswirkungen auf Landwirtschaft und Ernährungssicherheit reduzieren“** wies das Parlament auf Grundlage von Beschlussempfehlungen des Landwirtschaftsausschusses gegen das Votum der Antragsteller zurück.

Erstmals beriet das Parlament zudem zwei weitere AfD-Anträge mit den Titeln **„Bürokratiebelastung jetzt umfassend abbauen – Heimische Landwirtschaft sichern“** und **„CO₂-Bepreisung aussetzen – Deutschen Gartenbau retten, nationale Ernährungssouveränität sichern, regionale Wertschöpfung bewahren und Lebensmittelpreise stabil halten“**. Aktuell gebe es in Deutschland weder Ernährungssicherheit noch Ernährungssouveränität, sagte Christian Reck (AfD) während der Debatte. Spätestens angesichts der aktuellen geopolitischen Verwerfungen sei deutlich geworden, dass eine einseitige Abhängigkeit von globalen Märkten „uns schlichtweg erpressbar macht“.

In Anwesenheit der libanesischen Botschafterin in Berlin, Abir Ali, hat der Bundestag am Freitag im Rahmen einer von der Linksfraktion beantragten Aktuellen Stunde mit dem Titel **„Militärische Eskalation und humanitäre Notlage im Libanon“** über die Lage im Nahen Osten gesprochen. Dabei wurde die Forderung nach einer Entwaffnung der Terrororganisation Hisbollah bekräftigt. Gleichzeitig gab es auch Kritik an israelischen Luftangriffen auf den Libanon.

Auch Dr. Alexander **Wolf** (AfD) bemühte das Bild des Libanons als „Schweiz des Nahen Ostens“. Der Libanon sei einst ein wohlhabendes und blühendes Land gewesen, weil das Land „mehrheitlich christlich war“, sagte er. Das habe sich „durch fremde Einmischung und muslimischen Geburtenüberschuss“ geändert. 1975 habe – „maßgeblich angezettelt von der sogenannten Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)“ – der blutige Bürgerkrieg im Libanon begonnen, der das Land in Chaos gestürzt habe. Die Christen, „eigentlich Garanten von Stabilität“, seien von der „hiesigen antikononialistischen Linken“ als „faschistoid und kriegslüsternd“ gebrandmarkt worden. Jene muslimischen Terroristen, „die das Land ins Chaos gestürzt hatten“, seien hingegen als Freiheitskämpfer euphemistisch verherrlicht worden. Zudem sei Europa seit langem Rückzugsraum für die Hisbollah. Die AfD habe schon vor Jahren ein vollständiges Hisbollah-Verbot gefordert, sagte er weiter.



STEPHAN
BRANDNER

Der nächste Landesgruppenbürgerdialog

BÜRGERDIALOG der Landesgruppe Thüringen

28.05.26 | 18.00 Uhr

Lokschuppen
Bahnhofstraße 9
07580 Ronneburg

Mit

Stephan Brandner MdB

Christian Zaum MdB

Denny Jankowski MdL

Wir freuen uns auf Sie!
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



STEPHAN
BRANDNER

Einladung zur Fahrt nach Berlin



Exklusiv für die
Bewohner des
Wahlkreises Gera – Greiz
– Altenburger Land

Einladung *ins* *politische* Berlin

**13.-15.
Juli**

Inbegriffen:

- ✓ Übernachtung im DZ und mehrere Mahlzeiten
- ✓ Besuch Bundestag - Gespräch mit Stephan Brandner
- ✓ Vielfältiges politisches Programm
- ✓ Busfahrt aus Ostthüringen

Seien Sie dabei!



Anmeldung und Informationen ausschließlich über Heiko Gluth: stephan.brandner.ma02@bundestag.de



**STEPHAN
BRANDNER**

Zuschuss zur Klassenfahrt

Zuschuss zu eurer Klassenfahrt nach Berlin:

Mehr Infos unter
stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD



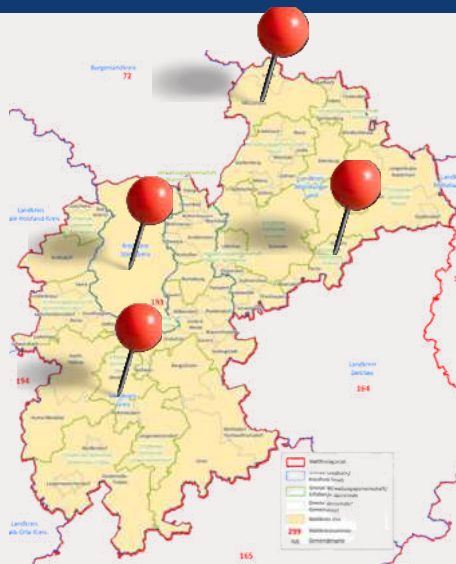
**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
kontakt@brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
goessnitz@brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr






Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
meuselwitz@brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Di. 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
weida@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1.
Samstag im Monat: 8-11 Uhr



Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  <https://twitter.com/BrandnerSt>